



## Black out – Polizei in

Die jüngste Sabotage an Nordsee-Pipelines und Bahnnetz belegt laut dbb Bundesvorsitzendem Ulrich Silberbach den Handlungsbedarf. Auch wenn niemand ihn herbeireden möchte, muss auch an den Ernstfall gedacht werden. Eine Schönwetter-Daseinsvorsorge können wir uns nicht leisten.

Man spricht bei den Einschränkungen der Energieversorgung von drei Eskalationsstufen. Wobei wir die Phase eins – die Teuerungen – aktuell schon alle höchstpersönlich erleben. In Phase zwei könnte eine Verknappung von Strom/Gas auf bestimmte Zeiten festgelegt werden. Und über die Auswirkungen einer Phase drei möchte ich nun berichten.

Hoffen wir, dass uns zu dem Zeitpunkt, wenn dieser Artikel gedruckt und versandt werden soll, der oft zitierte „Blackout“ nicht gerade einen Strich durch die Rechnung macht. Was ist eigentlich ein Blackout und wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit eines Eintritts? Der **Blackout** ist eine konkrete Ressourcenmangelage. Umgangssprachlich wird damit ein längerfristiger und in großer Dimension



> Katja Sorgen

auf tretender – also flächendeckender bis landesweiter – Stromausfall bezeichnet.

Die Gasspeicher sind nach heutigem Stand über 90 Prozent gefüllt und die drei AKWs sind weiterhin am Netz. Die Versorgungsunternehmen stehen in einem Verbund und können somit europaweit für Ausgleich sorgen. Experten wie Dr. Klaus Zimmer von den Pfalzwerken wollen keine Angst schüren. Sie selbst sehen die **Wahrscheinlichkeit** als nicht besonders hoch an, weisen aber darauf hin, dass auch Beschädigungen oder Wetterereignisse Einfluss auf das System haben könnten. Die Bundesregierung geht nach eigenen Angaben seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine von einer erhöhten Bedrohungslage für die kritische Infrastruktur in Deutschland aus. Auch künftig seien „weitere (hybride) Angriffe gegen ebendiese Einrichtungen in Betracht zu ziehen“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (20/4267) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/3915) weiter.

Pandemie! Flut! Krieg! Einer der bekanntesten Einsatzgrundsätze ist „**Einsätze sind vorzubereiten**“ und so stelle ich mir spätestens seit dem

medialen Interesse an dem Thema die Frage, was könnte die Polizei als Organisation und ich persönlich als Kollegin tun, um bestmöglich für ein solches Szenario gerüstet zu sein. Ganz ohne Panikmache möchte ich mich auf die Daseinsvorsorge in einer solch schwierigen Situation vorsorglich einstellen.

### ■ **Kein Licht, kein Wasser, kein Internet, kein Mobilfunk, kein ...?**

Was wäre unsere Aufgabe als Polizei? Die allgemeine **Zuständigkeit** beim Katastrophenschutz ist Sache der Landkreise und kreisfreien Städte. Diese sollten Bedarfspläne und Risikoanalysen erstellen beziehungsweise vorhalten. Das Land hat eine Checkliste, an der sich orientiert werden kann. Für die Polizei ist das oberste Ziel, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine sicherheitspolizeiliche Notfall- und Grundversorgung muss gewährleistet werden. Auch der kommunale Vollzugsdienst, der für die Gefahrenabwehr und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig ist, wäre enorm gefordert.

Daher werden aktuell **Vorbereitungen** getroffen. Es finden Sachstandserhebungen statt und Maßnahmenkataloge werden erarbeitet, um szenariobasierte Lösungsmöglichkeiten wie beispielhaft ein Konzept zur Sicherung von besonderen Einrichtungen zu erlangen.

Großes Thema ist grundlegend die **Ersatzstromversorgung**. Kraftstoff zur Betreibung von Notstromaggregaten wird vorgehalten und stromautarke Tankstellen werden mit Treibstoffvorräten bestückt. Tankwagen wurden beschafft. Stufenweise wird geregelt, was im Ernstfall passieren soll und was Priorität hat.

**Kommunikation** ist in jeder Lage natürlich das A und O. Wenn der Mobilfunk streikt, hat der Digitalfunk glücklicherweise mehrere Rückfallebenen. Die Akkus der Funkgeräte können über die Aktivhalterungen der Dienstfahrzeuge wieder aufladen und geladene Ersatz Akkus werden grundsätzlich vorgehalten. Die Führungsebenen sind zusätzlich mit Satellitentelefonen ausgestattet worden. Wäre es sinnvoll, wenn die Kolleg\*innen ihre persönlich zugewiesenen Funkgeräte künftig nach Feierabend mit nach Hause nehmen beziehungsweise in der Freizeit griffbereit bei sich führen? Sollten vorher Regelungen getroffen werden, nach welcher Zeit welche Schicht oder welche Kräfte auf der Dienststelle erscheinen müssen? Oder wie funktionieren Alarmierungen im Notfall? Alternativ wahrscheinlich nur auf dem Weg, wie auch Warnungen die Bevölkerung erreichen könnten. Nämlich durch den öffentlichen Rundfunk – per Batterie oder Kurbelradio, durch Lautsprecherdurchsagen, per Amateurfunk oder Boten an zentralen Anlaufstellen für die Bevölkerung wie zum Beispiel den Feuerwehnhäusern.

Mit welchen **Auswirkungen** ist beim Ausfall der Energieversorgung zu rechnen und wie ist die Wahrscheinlichkeit des Eintretens bestimmter Reaktionen? Im Jahr 2015 hat die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren ein Arbeitspapier mit einem zeitlichen Ablauf entwickelt:

Innerhalb einer Dauer von **bis zu zwei Stunden** ist mit einer gestörten Kommunikation und Chaos auf den Straßen zu rechnen. Die Verkehrsregelung an Ampelanlagen funktioniert nicht mehr, Schulkinder kommen nicht nach Hause, weil Straßenbahnen oder Züge nicht mehr fahren, Brandmeldeanlagen lösen aus und ein-

### Impressum:

Redaktion:  
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)  
Fürstehofenstraße 6  
54329 Konz  
Tel. 06501.99605  
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Adam-Karrillon-Straße 62  
55118 Mainz  
Tel. 06131.234488  
Fax 06131.225267  
dpolg@t-online.de  
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



geschlossene Personen beispielsweise in feststeckenden Aufzügen benötigen Hilfe. Die Versorgung von Menschen mit Beatmungsmaschinen, Sauerstoff, Dialysegeräten und Medikamenten muss gewährleistet werden.

Nach **acht Stunden** gehen die Akkus der Basisstationen des BOS-Funks leer. Diese müssten durch Aggregate betrieben werden, um die Kommunikation neben dem Totalausfall von Mobil- und Netztelefonie weiterhin zu ermöglichen. Der Ausfall der Wasserversorgung kommt insbesondere bei Melk-, Kühl-, Klär- und Pumpanlagen zum Tragen. Es muss auf Notwasserbrunnen oder Wasserreserven zurückgegriffen werden.

Im weiteren Verlauf fallen Gefahrenmelde- und Brandanlagen aus, es kommt zu ersten Bränden, weil Menschen Feuer machen. Sogenannte „Wärmeinseln“ sollen in öffentlichen Gebäuden eingerichtet werden. Autos bleiben liegen und erste Engpässe in der Versorgung mit Trinkwasser, Lebensmitteln und Bargeld treten auf.

Ab einem Zeitraum von **über 72 Stunden** wäre mit Versorgungsengpässen bei Gütern des täglichen Bedarfs und einer Destabilisierung gesellschaftlicher Strukturen zu rechnen. Es käme zu Angriffen auf kritische Infrastrukturen, Unruhen und Plünderungen – denn Alarmanlagen, Schiebetüren und Überwachungskameras funktionieren nicht.

Wir hätten folglich enorme **Personalbedarfe** für Objektschutzmaßnahmen, Verkehrsregelung und alle weiteren Einsatzfelder. Und dabei muss davon ausgegangen werden, dass unser Personal ebenso selbst in privaten Schwierigkeiten und misslichen Situationen steckt beziehungsweise sich um Angehörige kümmern muss.

Wenn das Langzeitszenario eintritt, dann sind vermutlich alle verfügbaren Kräfte im Einsatz. Da spielen dann selbst Dienstzeiten von über zwölf Stunden wahrscheinlich keine Rolle mehr. Imbisse und Supermärkte werden geschlossen haben. Kolleg\*innen vielleicht zwischen den Einsätzen nicht mehr nach

Hause fahren können. Werden unsere Einsatzküchen genug Lebensmittelvorräte haben, um unser Personal zu versorgen. Und werden sie diese dann überhaupt ausliefern können? Oder macht es Sinn, dass auch einzelne Dienststellen Notfall-**Reserven** vorrätig halten?

Wenn der Betrieb in unseren Dienststellen über Notstromaggregate läuft, ist dann auch der Zugang in das Polizeinetz und die gewohnten Programme und Systeme gewährleistet oder muss die Strafanzeige vielleicht händisch auf einem Blatt Papier aufgenommen werden? Ein Austausch mit den örtlichen Ansprechpartnern der Dienststelle und einige übergeordnete Informationen vonseiten der Präsidien wären sicherlich dienlich. Vielleicht ein Tagesordnungspunkt für die nächsten Besprechungen.

Und **zu Hause**? Durch eigene Vorsorge könnten Rettungskräfte enorm entlastet werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat den Flyer „Stromausfall – Vorsorge und Selbsthilfe“ zum Download

bereitgestellt. Hierbei sind Wasser und Lebensmittel, Lichtquellen wie Taschenlampen oder Kerzen, ein Campingkocher und warme Bekleidung neben einem batteriebetriebenen Radio (beispielsweise im Auto), benötigten Medikamenten und vorherigen Absprachen mit Angehörigen zur möglichen Verfahrensweise die wichtigsten Punkte auf der Checkliste.

Damit könntet ihr an den privaten Teil schon mal einen Hacken machen. Bezüglich der beruflichen Seite möchten wir unseren Dienstherren animieren seine Erkenntnisse in Planunterlagen oder einen Rahmenbefehl einfließen zu lassen und sein Personal umgehend und umfassend durch **Informationsweitergabe** oder Durchführung von Übungen einzubinden.

*Katja Sorgen,  
stellvertretende  
Landesvorsitzende*

*Quellen: Presseartikel zu Polizei  
Hamburg/Berlin/NRW und  
Blackout; RPR1 Spezial mit  
Dr. Klaus Zimmer, Pfalzwerke*

## Neue Bundesjugendleitung gewählt

Die JUNGE POLIZEI der DPolG Rheinland-Pfalz ist wieder vertreten.

Das höchste Gremium der JUNGEN POLIZEI kommt alle fünf

Jahre zusammen und wählt dabei eine neue Bundesjugendlei-

tung. Auf dem Bundesjugendkongress der JUNGEN POLIZEI Anfang November in Leipzig hieß es: „Stabübergabe“.

Nach sieben Jahren in der Bundesjugendleitung wurde Katja Sorgen entlastet und stellte sich nicht erneut zur Wahl. Aus Rheinland-Pfalz kandidierte Cassandra Poll und wurde durch das höchste Gremium der JUNGEN POLIZEI in die neue Bundesjugendleitung gewählt.

Die Delegierten des Bundesjugendkongresses wählten die

folgenden Kolleginnen und Kollegen in die neue Bundesjugendleitung:

- > William Bobach (Bundesjugendleiter), Bundespolizeigewerkschaft
- > Behnam Teimouri Hashtgerdi (erster stellvertretender Bundesjugendleiter), LV Berlin
- > Nils Gäbel (stellvertretender Bundesjugendleiter), LV Sachsen-Anhalt
- > **Cassandra Poll (stellvertretende Bundesjugendleiterin), LV Rheinland-Pfalz**
- > Sebastian Scherbinski (stellvertretender Bundesjugendleiter), LV Niedersachsen
- > Jasmin Schmalzer (stellvertretende Bundesjugendleiterin), LV Brandenburg



> Katja Sorgen und Cassandra Poll

## Der Landesvorsitzende im Gespräch mit MdB Josef Oster, CDU

Als Obmann des Innenausschusses im Deutschen Bundestag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Thema Innere Sicherheit ganz oben auf der Agenda des Koblenzers mit Wurzeln an der Mosel.

Grund genug für Thomas Meyer, Landesvorsitzender der DPoIG Rheinland-Pfalz, sich auch mal mit einem Bundespolitiker auszutauschen. Sei es verkehrspolitische Themen vor dem Hintergrund der geplanten Legalisierung von



Cannabis, die Verbesserung der länderübergreifenden polizeilichen Zusammenarbeit oder die Cyberkriminalität. Interessiert nahm Herr Oster die von der DPoIG geforderte Studie im Zusammenhang mit einer geringeren Lebenserwartung von Polizistinnen und Polizisten zur Kenntnis. Ebenso die Forderung, eine Änderung des Meldegesetzes auf den Weg zu bringen, um unsere Kollegen\*innen besser vor Ausspähung zu schützen. „Koblenz ist nicht weit, sodass einem nächsten Austausch nichts im Wege steht“, sagt Meyer, nach einem sehr angenehmen und informativen Gespräch.

## Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat hat in seiner Sitzung am 3. November 2022 im PP ELT in Mainz folgende Punkte behandelt:

- Arbeitsauftrag „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr – Rahmen- und Erfolgsbedingungen einer wirksamen Verkehrssicherheitskampagne zum Vermeiden von Verkehrsunfällen unter Alkohol- und Betäubungsmittelinfluss“**

Ziel des Arbeitsauftrages ist es, basierend auf wissenschaftlichen, insbesondere verhaltenspsychologischen, kommunikativen Erkenntnissen Rahmen- und Erfolgsbedingungen einer wirksamen Verkehrssicherheitskampagne zu entwickeln, um gezielt Verkehrsunfälle zu vermeiden, die auf den Einfluss von Alkohol und Betäubungsmitteln am Steuer zurückzuführen sind. Hierbei sollten gerade auch Aspekte der sich möglicherweise im Wandel befindlichen gesellschaftlichen Bedeutung vor dem Hintergrund zu erwartender Gesetzesänderungen einbezogen werden (Cannabis-Legalisierung).

Die Forschungserkenntnisse sollen in bestehende Kampagnen einfließen oder ein externes Unternehmen soll diese entwickeln, um die Wirksamkeit zu erproben.

- Berechtigungen für die Anwendung für Verkehrsüberwachungsmaßnahmen (VERUMA)**

VERUMA ist eine Anwendung für Verkehrsüberwachungsmaßnahmen im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. Sie soll die bisher geführten Datenblätter A–D ersetzen. Ursprünglich sollte für VERUMA ein Berechtigungskonzept erstellt werden. Man hat jedoch festgestellt, dass aktuell jeder berechtigt ist, auf die Datenblätter A–D zuzugreifen. Von daher möchte man nun doch von einem Berechtigungskonzept Abstand nehmen, was den Programmierern die Arbeit

erleichtert. Der HPR stimmte der Vorlage zu.

- Arbeitsauftrag „Detektionstechnik zur Fernauslese von Tachografen (DSRC)“**

Die neue Generation von digitalen Fahrtenschreibern senden immer mehr Daten nach Außen, welche zur Vorselektion für Kontrollen dienen können. Zum Auslesen dieser Daten benötigt man eine entsprechende Technik, welche das ermöglicht.

Für den möglichen Einsatz von DSRC bei der Polizei Rheinland-Pfalz sind die rechtlichen Notwendigkeiten, der taktische Mehrwert sowie die Anforderungen an die entsprechende Technik zu beschreiben.

Hierzu soll ein Arbeitsauftrag an ein Kompetenzteam erteilt werden.

- Fortgang mit der Thematik „Handlungsorientierung Corona“**

Gültig ist weiterhin die Coronahandlungsorientierung Nr. 21 vom 4. August 2022.

Abweichend von Nr. 3.2 der Coronahandlungsorientierung Nr. 21 ist jedoch bei Zusammenkünften in Innenräumen nicht generell eine Maske zu tragen. In Fortschreibung der Regelungen vom 26. August 2022 gilt die Maskentragpflicht künftig nur ab einer coronabedingten Personalausfallquote von fünf Prozent. Ab einer Gesamtpersonalausfallquote von zehn Prozent (coronabedingte und sonstige Personalausfälle) ist jedoch auf Behördenebene in besonderem Maße die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes im Blick zu behalten. Bei einer generell erhöhten Personalausfallquote in Verbindung mit einem andauernden Infektionsgeschehen kann aufgrund der Coronanesteckungsrisiken nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Gesamtpersonalausfallquote kurzfristig in einer die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes gefährdenden Weise erhöht. Bei



andauerndem Infektionsgeschehen ist daher abweichend von den allein an die coronabedingte Personalausfallquote anknüpfenden Maßnahmen der Warnstufen in besonderem Maße auf die Einhaltung der AHAL-Regeln hinzuwirken.

Ebenso gilt die aktuelle Coronaarbeitsschutzverordnung vom 1. Oktober 2022. Aus dieser ergibt sich, dass den Mitarbeitenden regelmäßig Corona-schnelltests angeboten werden können. In der KG Corona vom 7. Oktober wurde festgelegt,

dass in der Warnstufe 1 (bis zehn Prozent Ausfallquote [absolut]) ein Test pro Woche und Mitarbeitenden und ab der Warnstufe 2 (> zehn Prozent Ausfallquote [absolut]) zwei Tests pro Woche und Mitarbeitenden angeboten werden.

Des Weiteren ist es Mitarbeitenden gestattet, sich während der Dienstzeit extern impfen zu lassen. Dienstlicher Unfallschutz besteht zu dieser Zeit nicht.

## Preissteigerungen sind kein Thema

# Die Polizei Rheinland-Pfalz kauft gut und günstig ein

Die DPoIG Rheinland-Pfalz hatte, wie wir in der letzten Ausgabe berichtet haben, in einem Schreiben an das Innenministerium auf die Preissteigerung von durchschnittlich 18,7 Prozent im Bereich der Lebensmittel hingewiesen und eine Anpassung des seit Anfang 2020 nicht mehr erhöhten Verpflegungssatzes von 7,23 Euro gefordert.

Zuvor hatten mehrere Kolleg\*innen der DPoIG berichtet,

dass bei Einsätzen immer weniger in den Lunchbeuteln drin sei.

Das Innenministerium hat nun mitgeteilt, dass man aktuell keinen Handlungsbedarf sehe, aber die Entwicklung beobachten werde.

Unter anderem erklärte man, dass der entsprechende Titel im Haushalt auskömmlich sei und er erlaube, auf Unvorhergesehenes zu reagieren. Dies

ohne, dass es zu Qualitäts- und Quantitätseinbußen komme.

Die dargestellten Preissteigerungen von 18,7 Prozent laut Verbraucherzentrale beziehe sich rein auf den Privatkundensektor und könne nicht 1:1 auf die Polizei als Großverbraucher und Großabnehmer übertragen werden.

Je nach Menge würden die Einkaufspreise für die Polizeikü-

chen signifikant unter den Einzelhandelswerten liegen.

Wir sind sehr überrascht, dass die Polizei kaum von den Preissteigerungen in den letzten Monaten betroffen sein soll.

So wirklich überzeugt sind wir davon jedoch nicht.

Uns stellt sich da insbesondere auch die Frage, ob uns die Discounter wirklich so unverschämt abzocken? Diese kaufen noch viel mehr ein und haben die Preise deutlich erhöht.

Wir werden das Thema weiter verfolgen!

## DPoIG und BBBank – ein gutes Team

Der Landesvorsitzende Thomas Meyer und die Filialleiterin der BBBank in Koblenz, Frau Ilka Kimmel, trafen sich zu einem Gespräch rund um die Vorteile der Kooperation zwischen DPoIG und BBBank. Alle Mitglieder der DPoIG sowie deren Familienangehörige sind herzlich eingeladen, um sich von ihrem Team beraten und informieren zu lassen.

von Elementar- und Haftpflichtversicherung äußerst attraktiv.



Neben den Finanzprodukten sind auch die Versicherungspakete

Wir wünschen ...  
 ... allen DPoIG-Mitgliedern und ihren Familienangehörigen, allen Bediensteten der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz sowie allen Leserinnen und Lesern des POLIZEISPIEGELS ein frohes Weihnachtsfest, Gesundheit und ein friedliches, hoffnungsvolles und erfolgreiches Jahr 2023!  
 Landesvorstand und Redaktion

© pixabay.com

> Wir gratulieren

Im Monat Dezember haben Geburtstag:

- 40 Jahre**  
Thomas Wolf
- 55 Jahre**  
Thomas Hauser
- 60 Jahre**  
Michael Rochow
- 65 Jahre**  
Michael Schmidt
- 70 Jahre**  
Gunther Bodesohn  
Harald Roßwinkel
- 75 Jahre**  
Anton Hermann Hennes
- 79 Jahre**  
Richard Schwickerath  
Michael Masselter
- 84 Jahre**  
Kurt Strunk